



Ein fatales Signal an die Landespolizei

GdP: Perspektivpapier von Innenminister Studt war offenbar nicht mit Regierung abgestimmt –
Brandbrief an Ministerpräsident Albig

Kiel/tgr – Vor vier Monaten hat Innenminister Stefan Studt mit seinem Perspektivpapier für die Landespolizei mit einem guten, von allen Seiten positiv bewerteten Maßnahmenpaket reagiert. Auch mit dem GdP-Landesvorstand war dieses Papier besprochen und dann in die gesamte Landespolizei kommuniziert worden. Trotz einer gewissen Skepsis kamen die Absichtserklärungen des Ministers bei den Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei ebenfalls gut an und weckten große Hoffnungen bei ihnen, dass ihre bekanntermaßen schlechten Rahmenbedingungen und Perspektiven nun endlich doch eine spürbare Verbesserung erfahren würden.

Zunächst ungläubig, dann jedoch fassungslos und wütend reagierte deshalb die Gewerkschaft der Polizei, als Anfang Juni erste Hinweise eingingen, dass die weiteren Vorhaben des Maßnahmenpaketes des Innenministers nicht durch das Finanzministerium im Haushalt hinterlegt werden sollten.

Aus Sorge um die katastrophale Wirkung einer solch neuen Entwicklung bei der Landespolizei, reagierte die GdP sofort mit einem Brandbrief an Ministerpräsident Torsten Albig. Die enormen Belastungen durch die Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein insbesondere in 2015 seien durch viele Zusammenwirkende gut bewerkstelligt worden, so Torsten Jäger in seinen GdP-Zeilen an den Ministerpräsidenten. „Die Landespolizei hat dabei einen wichtigen Teil der Verantwortung und Arbeit an zentraler Stelle weit über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus erfolgreich wahrgenommen“, rief der Stellvertretende Landesvorsitzende in Erinnerung. Die ohnehin seit Jahren ex-



Innenminister Stefan Studt hadert mit seinem Perspektivpapier.

ter oder Wohnungseinbrüche, aber auch die Integration der hier lebenden Flüchtlinge, seien beispielhafte Stichworte. „Das alles sorgte für einen permanent hohen psychischen und physischen Einsatz aller Beschäftigten in der Landespolizei“, gab Torsten Jäger zu bedenken.

Positiv zu bewerten sei gewesen, dass für 2017 die erhöhte Einstellungszahl von 400 realisiert werden solle.

„Jetzt erreichen uns aber Hinweise, dass weitere Vorhaben des Maßnahmenpaketes durch das Finanzministerium im Haushalt nicht hinterlegt werden sollen. Diese Hinweise irritieren umso deutlicher, als dass gerade politisch entschieden wurde, die Besoldung bei Grund- und Hauptschullehrern auf A 13 anzuheben“, stellte Torsten Jäger fest. Für die Gewerkschaft der Polizei blieben

zwei wesentliche Ziele mit sehr hoher Priorität die anforderungsgerechte Bezahlung und die Entlastung von Kolleginnen und Kollegen. Und Jäger warnte: „Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Polizei finanziere die Höherdotierung der Lehrerinnen und Lehrer. Das wäre fatal.“ Abschließend bittet der Stellvertretende Landesvorsitzende den Ministerpräsidenten im GdP-Brief um Klärung und Positionierung der Landesregierung zum Ministerpapier. Sollten diese in der Landespolizei als



Brandbrief: Torsten Jäger wandte sich im Namen der GdP an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.



„Chefsache“: Torsten Albig ist nun gefordert.

Fotos (3): Thomas Gründemann

tem hohen Belastungen für die Polizei und deren Beschäftigte seien dadurch noch einmal verstärkt und ihre Grenzen erheblich überschritten worden. Auch nach Beruhigung der Flüchtlingsslage hätten sich die sehr hohe Aufgabendichte, die Einsatzlage und damit leider auch der Krankenstand nicht zum Positiven verändert. Im Gegenteil: Terror,

ne Perspektiven nun Haushaltszwängen zum Opfer fallen, würde es hohen und emotional aufgeladenen Unmut zur Verlässlichkeit politischer Versprechungen der Landesregierung geben. „Ein solches Regierungshandeln würde zum Vertrauensbruch führen“, brachte die unmissverständliche Botschaft der GdP auf den Punkt. **Thomas Gründemann**



Zu weit aus dem Fenster gelehnt

Ein Kommentar von Thomas Gründemann

Man mag es gar nicht glauben, was sich derzeit politisch um die Landespolizei entwickelt. Noch vor wenigen Wochen hat Innenminister Stefan Studt sein Perspektivpapier für die Landespolizei vorgestellt und sich dafür feiern lassen. Dann ruhte still der See und die Landespolizei wartete auf erste Schritte bei der Umsetzung des Papiers. Was dann kam, war indes unerfreulich:

Im Haushaltsentwurf des Finanzministeriums fürs kommende Jahr ist nichts enthalten, was auf Perspektivverbesserungen hinweist.

Kaum zu glauben, aber wahr:

Offenbar hatte sich Innenminister Studt mit der Veröffentlichung seines

Perspektivpapiers im Februar zu weit aus dem Fenster gelehnt, dies offenbar noch nicht einmal ansatzweise mit dem Finanzministerium oder mit der Regierung abgestimmt.

Fest steht: Sollte sich daran nichts mehr ändern, dürfte der Innenminister als oberster Chef der Polizei bei den ihm anvertrauten Menschen sein gerade ein wenig erworbenes Vertrauen wieder verspielt haben.

Mit seinen damaligen Aussagen hatte der Minister vor allem vielen Polizistinnen und Polizisten, die seit Jahren im täglichen Streifen- und Einsatzdienst ihre Haut für die Innere Sicherheit zu Markte tragen, große Hoffnungen gemacht, dass sich ihre bislang schlechten beruflichen Karriereperspektiven endlich kurz- und mittelfristig verbessern würden. Sehr verbittert dürften damit nun auch die Beamtinnen und Beamten sein, denen für ihre besonders schwierigen und belastenden Dienstformen und -zeiten Entlastungen und Kompensationsmöglichkeiten in Aussicht gestellt worden waren. Das Einkassieren dieser überfälligen Verbesserungen – „praktisch zwischen Tür und Angel“ – wird gerade sie und damit die gesamte Landespolizei ins Mark treffen.

Nach diesem Verlust von Vertrauen und Ansehen wird der Innenminister, aber auch die rot-grün-blaue Landesregierung nicht zur Tagesordnung übergehen können.

Nein, das kann es nun nicht gewesen sein. Die Angelegenheit ist damit nun zur „Chefsache“ von Ministerpräsident Torsten Albig geworden. Schließ-

lich hat er öffentlich die Rolle der Polizei bei der Flüchtlingswelle gelobt und merkbar erhöhte Beförderungszahlen für die Landespolizei angekündigt.

Und außerdem ließ er den Innenminister mit seiner öffentlichen Darstellung des Perspektivpapiers für die Landespolizei gewähren. Ein Indiz, dass er hinter diesen Aussagen stand. Folgerichtig ist Albig der Adressat für den GdP-Brandbrief. In der gegenwärtigen Situation fühlt sich nicht nur die GdP an die Unruhe um Zusammenhang mit dem Wortbruch des damaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen erinnert. Der hatte seinerzeit auf dem Delegiertentag 2009 den Bestand des Weihnachtsgeldes und Urlaubsgeldes für die Polizei zugesichert und ebenfalls nur wenige Wochen später mit der schwarz-roten Landesregierung die Streichung oder Kürzung dieser Zuwendungen angekündigt und dann auch umgesetzt. Große Protestaktionen der Polizei unter Federführung der GdP sowie „Lange-Nase-Plakate“ mit dem Foto von Ministerpräsident Albig oder seines Innenministers können sich Torsten Albig und die Landesregierung wohl nicht leisten.



Thomas Gründemann

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 8/2016:
Dienstag, 5. Juli 2016



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



ARBEITSSICHERHEIT**CO-Scanner als Lebensretter**

Gefährdungen durch CO-Gase im Landesfachausschuss Schutzpolizei beraten

Kiel – Von Kolleginnen und Kollegen des Einzeldienstes wurde das Thema „CO-Scanner“ an den Landesfachausschuss Schutzpolizei herangetragen. Hintergrund sind die zunehmenden Einsätze, in denen es zu Gefährdungen durch CO-Gase kommt. Wiederholt wurden in der Vergangenheit Kolleginnen und Kollegen an Einsatzorte entsandt, an denen Personen Suizid begangen haben. Dafür entzündeten diese beispielsweise in einem Badezimmer ohne Belüftung Holzkohle. Beim Verbrennen wird CO produziert. Dieses Gas ist geruchslos und sehr gefährlich. Wird dieses Gas von einem Menschen eingeatmet, führt es innerhalb von Sekunden zum Tod der Person. Auch nach dem Verbrennen bleibt das Gas in der Raumluft. Erst durch intensives Lüften durch die Feuerwehr kann die Gefahr gebannt werden.

Um eine Gefährdung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu minimieren, könnten diese CO-Scanner an der Uniform tragen. Solche Geräte kommen bereits bei den Feuerwehren des Landes zum Einsatz. Die Scanner messen permanent die Umgebungsluft und würden bei einer CO-Konzentration Alarm schlagen. Der weltweit führende



Sven Neumann, der Vorsitzende des Landesfachausschusses Schutzpolizei. Foto: Gründemann

Hersteller dieser Geräte ist die Firma Dräger aus Lübeck. Diese hielt vor dem Landesfachausschuss Schutzpolizei einen Vortrag zu den Gefahren von CO im Allgemeinen und zu den Geräten im Speziellen.

Die Anschaffungskosten für ein solches Gerät liegen etwa bei einem

Stückpreis von 250 Euro. Damit verbunden ist jedoch ein extrem hoher Wartungsaufwand. Alle vier Wochen müssen diese Geräte unter Laborbedingungen getestet werden. Jährlich schließt sich daran eine komplette Gerätewartung an. Hierbei ist festzustellen, dass dieser Aufwand durch die Landespolizei nicht betrieben werden kann. Da jede Feuerwehr im Land aber mit CO-Scannern ausgerüstet ist, sollte dies von den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei beachtet werden. Am Ende des Vortrages kam der Landesfachausschuss zu dem Fazit, dass die Anschaffung von CO-Scannern für die Landespolizei nicht zu realisieren sein dürfte. Allerdings sollte über Einsatztraining eine Sensibilisierung aller Kolleginnen und Kollegen erfolgen. Über ein intensives Einsatztraining zu diesem Thema können schwere Unfälle mit Verletzten oder sogar Toten verhindert werden.

Deshalb hat die GdP Kontakt zum ZET in Eutin aufgenommen, um das Thema CO-Gefahren im Einsatz in das Einsatztraining aufzunehmen.

**Sven Neumann,
Vorsitzender Landesfachausschuss
Schutzpolizei**

LANDEFACHAUSSCHUSS GMSH**Landesfachausschuss GMSH konstituierte sich**

Westerrönfeld. Auf einer Urversammlung hat sich der Landesfachausschuss „GMSH“ konstituiert. In der März-Sitzung des GdP-Landesvorstandes waren die formalen Voraussetzungen geschaffen worden.

Bei den Wahlen wurde Monika Otte Vorsitzende, Markus Lüthke Stellvertretender Vorsitzender und Hauke Viehof Schriftführer. Als Beisitzer wurden Frank Watermann und Siegfried Muhl gewählt. Der neue Landesfachausschuss hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Arbeitsbedingungen der GMSH-Beschäftigten insgesamt zu verbessern, für eine bessere Bezahlung der Hausmeister einzutreten und Ansprechpartner für die über das ganze Land verstreut arbeitenden GdP-Mitglieder zu sein. Traditionell organi-

siert die GdP seit ihrer Gründung Reinigungskräfte, Unterkunftsarbeiter, Hausmeister, Handwerker, aber auch Sachbearbeiter in der Administration, die vormdem der Polizei angehörten. Vom GdP-Landesbezirk waren der Stellvertretende Vorsitzende Andreas Kropius und Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr anwesend und überbrachten die Grüße des Landesvorstandes.



Der neu gewählte Landesfachausschuss GMSH (v. l.): Frank Watermann, Monika Otte, Hauke Viehof, Siegfried Muhl und Markus Lüthke.



Demo in Segeberg abgesagt

Provoziert Anmelder Verwaltung und Polizei?

Für Samstag, 4. Juni 2016, war in Bad Segeberg eine Demonstration bei der dortigen Stadtverwaltung angemeldet. „Asylmissbrauch stoppen – Nein zur Politik Merkel“. So das Motto des geplanten Aufzugs. Der Anmelder war schon bekannt. Er wird als NPD-nah eingeschätzt. Selbst gab er an, mit 60 bis 100 Teilnehmern zu rechnen. Gekommen ist jedoch nur einer: Der Anmelder selbst. Die zuständige Polizeidirektion in Bad Segeberg sagte die Demonstration ab. Drei

Teilnehmer müssten es schon sein, so Sprecherin Silke Westphal. Und die wurden nicht erreicht.

Ähnliche Versuche für angemeldete Demonstrationen gab es auch schon anderenorts, so zum Beispiel in Bad Malente und Prenzlau. Auch diese Demos mussten mangels Beteiligung abgesagt werden. Erreicht wurden jedoch 50 Gegendemonstranten der Jusos Segeberg und 170 Polizeibeamtinnen und -beamte. Sie waren dienstlich zum Schutz der Demonstration eingeteilt.

Wenn man bedenkt, dass eine Mann-/Frau-Stunde mit rund 40 € zu

Buche schlägt, wären das nur für eine Stunde Einsatz 6800 €.

Das Versammlungsrecht stellt ein hohes Gut unserer Verfassung dar. Ob dieses Demonstrationsrecht aber Verwaltung und Polizei auf den Arm nehmen darf, Kosten verursacht, Personal bindet, muss allerdings auch gefragt werden. Es fehlt an einem Nachweis der Ernsthaftigkeit. Und es muss auch gefragt werden, ob der Anmelder nicht zur Kasse gebeten wird, wenn seine Veranstaltung lediglich von ihm selbst besucht wird. Der Rechtsstaat darf sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen.

K.-H. Rehr

LESERBRIEF / ANTWORTBRIEF

„Schwierig, alles unter einen Hut zu bekommen“

Antwortbrief der PD AFB zum Leserbrief „Noch einmal tue ich mir das nicht an“ aus DP 6/2016

In der vergangenen DP-Ausgabe beklagte der Kollege Sören Fenske, wie auch andere Kolleginnen und Kollegen, die schlechte Unterbringung für Teilnehmer von Fortbildungsveranstaltungen in der PD AFB. Im nachfolgenden Brief äußert sich Jens Borchardt, Leiter des Sachbereichs 44, zu den Klagen:

Leider sind wir aktuell noch nicht in der Lage, die postulierten Äußerungen zu einer modernen Landesverwaltung umzusetzen. Erfreulich ist allerdings, dass diese Äußerungen von verschiedenen Seiten an uns herangetragen wurden, sodass wir von spürbaren Veränderungen/Verbesserungen der Rahmenbedingungen ausgehen. Dazu ist auch seit zwei Jahren eine Projektentwicklungsgruppe für die Zielplanung der PD AFB eingerichtet worden. Auch dies ein richtiger und notwendiger Schritt, leider sind aber auch durch so eine Projektgruppe keine Wunder zu erwarten, schon gar nicht von der Zeitschiene her betrachtet. Vor gut einem Jahr musste eine Prioritätenentscheidung getroffen werden, die zugunsten eines Einsatztrainingszentrums ausging. Die Unterkünfte für Aus- und Fortzubildende mussten, ähnlich wie die Unterrichtsräume, in die nächste Priorität geschoben werden. Fakt ist aber, dass Licht am Ende des Tunnels

zu erkennen ist und in der Überplanung der PD AFB ganz konkret über moderne, neue Unterakunftsgebäude gesprochen wird. Derzeit sind Doppelbelegungen leider notwendig, um die bestehenden Fortbildungsbedarfe umsetzen zu können. In der Tat bemüht sich meine Planungsabteilung aber darum, die Zimmer so zu belegen, dass sich zwei Kolleginnen/Kollegen ein Zimmer teilen, von denen ein Teilnehmer/eine Teilnehmerin ob der räumlichen Nähe zum Wohnort die tägliche Heimreise (auf eigene Kosten) antritt. Eine Unterbringung in der Nähe der jeweiligen Waschräume ist, wie in diesem Fall auch, leider nicht immer möglich. Die Belegungen wechseln häufig terminlich sehr heterogen, sodass sich ein solches Prinzip nicht durchhalten lässt. Aber auch hier wird versucht, dies so weit wie möglich zu realisieren, die Praxis ermöglicht dies aber eher selten. Alle Optionen sind nicht unter einen Hut zu bringen. Die Nutzung von Hochbetten ist leider aktuell nicht zu verändern, da die Unterakunftsgebäude bedingt durch die Sanierung der Liegenschaft und die zumindest halbjährliche Umwidmung von Aus- und Fortbildungstuben nicht ständig umgebaut werden können. Insofern muss, bis zur Fertigstellung neuer Unterkünfte, am Standort Eutin damit gelebt werden. Bezüglich des Reinigungszustandes kann ich nur beipflichten. Das geht gar

nicht. Da auch andere Zimmer auf dem Flur betroffen waren, wurde hier anscheinend ein ganzer Flur nicht gereinigt. Das Belegungsverfahren mit abfließenden Daten bis hin zur Reinigungsfirma müsste eigentlich ohne diese Fehler ablaufen, sodass es sich hier um einen Einzelfall handeln dürfte, dem wir derzeit nachgehen, um festzustellen, wo der Vorgang nicht weiter verfolgt und bearbeitet wurde. Auch wenn bei einem neuerlichen Besuch einer Fortbildung bei uns in Eutin oder Kiebtzhörn ein derartiger Vorgang hoffentlich nicht wieder zu beklagen ist, kann ich Teilnehmer nur ermuntern, unverzüglich meinen Bereich zu informieren, sodass dann eine ergänzende Reinigung veranlasst werden kann. Abschließend kann ich zu den Legionellenfiltern mitteilen, dass diese nach Vorgaben des Kreisgesundheitsamtes und Erstellung verschiedenster Gutachten angebracht wurden. Uns als Stammpersonal der Liegenschaft Eutin, die nun schon seit mehr als zwei Jahren mit diesen Filtern leben, war bis zur Unterrichtung von fachlichen Stellen auch nicht wohl bei der Sache. Fakt ist nun aber, dass die Liegenschaft mit diesen Schutzvorkehrungen bis zur abschließenden Sanierung des Trinkwassernetzes offiziell unbedenklich genutzt werden kann.

Anm. d. Red.: Die GdP wird sich der Angelegenheit weiter annehmen.



Stefan Lukas als Vorsitzender bestätigt

Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Nordfriesland – ein Bericht von Anna-K. Boysen

Bohmstedt – Auch in diesem Jahr suchten wir (weil es so schön ist) Paulsen's Gasthof in Bohmstedt auf, um dort unsere Mitgliederversammlung durchzuführen. Über vierzig Kolleginnen und Kollegen erschienen. Zusätzlich waren der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner, der Vorsitzende der Regionalgruppe Schleswig-Flensburg, Michael Carstensen, sowie der Leiter der Polizeidirektion Flensburg, Dirk Czarnetzki, mit dabei.

Im Geschäftsbericht berichtete unser derzeitiger Regionalgruppenvorsitzender Stefan Lukas unter anderem über die Auswirkungen der Flüchtlingslage und zitierte eine seiner kritischen Reden, die bei Innenminister Staudt Gehör fand und diverse Themen auf den Punkt gebracht hatte. Bernd Carstensen, der Stellvertretende Vorsitzende, berichtete zu den Themen Freizeitausgleich und Einstiegsamt A 8 und bezog sich hierbei auch auf die kritischen Rückmeldungen der Kollegenschaft. Levke Hansen gab die Neuerungen in der Ausstattung der Streifenwagen und der Kollegen zum Besten. Es habe sich einiges getan! Die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen habe sich beispielsweise durch Schild, Stopstick und Überziehweste schon ordentlich verbessert. Außerdem beinhaltete der Geschäftsbericht den aktuellen Stand der Fusion der GdP-Regionalgruppen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Bei den Vorstandswahlen wurde Stefan Lukas als Vorsitzender der Regionalgruppe Nordfriesland wiedergewählt. Er kündigte an, nur noch zwei Jahre für das Amt zur Verfügung zu stehen. Schade, denn Stefan Lukas findet immer wieder deutliche Worte, um unseren Anliegen Ausdruck zu verleihen. Horst Wendorff, der langjährige Beisitzer der Senioren, stand dieses Jahr nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung. Er wird nun durch Rita Brandt ersetzt und ihr in der ersten Zeit mit Rat und Tat zur Seite stehen. Horst Wendorff ist bereits seit 1969 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei und hat seit den 70ern aktiv regionale Vorstandsarbeit geleistet; als Schriftführer, als Kassierer und



Der wiedergewählte Vorsitzende Stefan Lukas ehrte Horst Wendorff mit einem Dankespräsent.

seit 2003 als Beisitzer Senioren. Bei der Übergabe seines Präsentes und den passenden Dankesworten unseres Vorsitzenden gab es für Horst Wendorff „Standing Ovations“, das Applaudieren fand kaum ein Ende. Deshalb auch auf diesem Wege noch einmal: „Danke, lieber Horst!“ Des Weiteren wurde Bernd Carstensen als Stellvertretender Regionalgruppenvorsitzender wiedergewählt. Stellvertretender Schriftführer wurde Sven Hansen, nachdem Reiner Neimög nicht mehr zur Wahl stand (auch an Reiner Neimög wollen wir hier nochmal unseren Dank aussprechen, allein in der Betreuung unserer Regionalgruppenzeitschrift „Heuler“ lagen eine Menge Herzblut, Zeit und Arbeit: „Danke, lieber Reiner, für die engagierte Mitarbeit!“). Als Stellvertretende Kassiererin übernimmt nun Susann Koch, nachdem Michael Raasch seit 2008 als Stellvertretender Kassierer tätig war. Michael Raasch war für uns unabhängig von seinem Amt in vielen Dingen ein wichtiger Berater, und wir freuen uns sehr, dass er auch in Zukunft noch ein Ohr für uns hat, wenn wir eines brauchen.

Gerrit Zumach übergibt den Beisitz der Jungen Gruppe an Jan-Peter Holst. Als Kassenprüfer wurde Jens Hartwich gewählt. Einige Kollegen wurden für ihre langjährige GdP-Mitgliedschaft geehrt, darunter für zehn Jahre Claudia Lorenzen, Thorge Westphal und Sven Christiansen, für 25 Jahre Michael Raasch, Roman Palzer und Sonja Wähje. Bereits seit 40 Jahren sind Jürgen „Johnny“ Rathje, Werner Martinsen und Uwe von Eitzen dabei, und für 50 Jahre Mitgliedschaft konnten wir Rolf Meisenbacher, Jochen Christensen, Günter Pahlke, Winfried Michalski und Gerd Seier danken. Und ganze 60 Jahre schafften Harald „Charly“ Schellin und Theres Pichol. Die Ehrung der pensionierten Kollegen wird bei der diesjährigen Senioren-Weihnachtsfeier gefeiert und wahrscheinlich begossen. Vielen Dank und „Hut ab!“. Wie immer fand die Mitgliederversammlung ihrem Ausklang bei einem gemeinsamen Mittagessen im Bohmstedter Landgasthof „Paulsen's“, was allen gut zu munden schien und das vermutlich auch in den nächsten Jahren wieder wird!

Erfolgreiche Polizeisportler

Eutin-Sielbeck. Dieser Termin gehört zu den angenehmeren Seiten eines Innenministers: die Ehrung erfolgreicher Sportlerinnen und Sportler. Am 14. 4. zeichnete der Innenminister im Jagdschlösschen am Ukleisee für ihre erfolgreichen sportlichen Leistungen im Jahre 2015 Polizeisportlerinnen und -sportler aus.

Auch von der Redaktion allen Geehrten herzliche Glückwünsche.

Polizeiobermeisteranwärterin **Betsy Klahr** (Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Eutin) erreichte bei den Deutschen Mehrkampfmeisterschaften im Jahn-Sechskampf vom 19. bis 20. 9. 2015 in Eutin den 1. Platz in der Klasse W 16-17.

Polizeihauptkommissar **Manfred Winkler** (Polizeidirektion Bad Segeberg) erreichte bei den Deutschen Seniorenmeisterschaften im Rettungsschwimmen der DLRG vom 29. 1. bis 1. 2. 2015 in Georgsmarienhütte den 3. Platz in der Mannschaftswertung der Altersklasse 170.

Polizeikommissarin **Jana Hämmer** (Polizeidirektion Bad Segeberg) stellte bei den Mastersmeisterschaften am 9. 5. 2015 in Norderstedt jeweils einen deutschen Altersklassenrekord der AK 120 in der 4x100-Meter-Freistil-Mixed-Staffel und in der 4x100-Meter-Lagen-Mixed-Staffel auf.

Polizeioberkommissarin **Jana Reuter** (Polizeidirektion Kiel) erreichte bei den Deutschen Mehrkampfmeisterschaften im Schwimm-Fünfkampf vom 19. bis 20. 9. 2015 in Eutin den 3. Platz in der Altersklasse W30+.



Innenminister Stefan Studt hadert mit seinem Perspektivenpapier.

Polizeioberkommissar **Matthias Faber** (Polizeidirektion Kiel) erreichte bei den Deutschen Mehrkampfmeisterschaften im Schwimm-Fünfkampf vom 19. bis 20. 9. 2015 in Eutin den 2. Platz in der Altersklasse M30+.

Polizeiobermeisterin **Christin Adler** (Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Eutin) erreichte bei den Deutschen Polizeimeisterschaften im Crosslauf vom 11. 3. bis 13. 3. 2015 in Bad Harzburg jeweils den 1. Platz in der Einzelwertung und in der Mannschaftswertung über die Kurzstrecke.

Polizeiobermeisterin **Franziska Nicklas** (Polizeidirektion für Aus-

und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Eutin) erreichte bei den Deutschen Meisterschaften im Crosslauf vom 11. 3. bis 13. 3. 2015 in Bad Harzburg den 2. Platz in der Einzelwertung und den 1. Platz in der Mannschaftswertung über die Kurzstrecke.

Polizeiobermeister **Markus Lindner** (Polizeidirektion Ratzeburg) erreichte bei den Deutschen Polizeimeisterschaften in der Leichtathletik vom 31. 8. bis 3. 9. 2015 in Lübeck den 3. Platz im 10 000-Meter-Lauf. Bei den Deutschen Polizeimeisterschaften im Marathon am 26. 4. 2015 in Hamburg erreichte er den 2. Platz.

SENIOREN-SEMINAR

Einladung

GdP-Seniorenseminar erneut an der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Kiel/Bad Malente – Das diesjährige Seniorenseminar findet vom 8. bis einschließlich 10. August 2016 wiederum in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt.

Ehe- bzw. Lebenspartner sind selbstverständlich wieder sehr herzlich willkommen. Für sie entstehen abermals anteilige Kosten in Höhe von 130 €.

Die Eigenbeteiligung für GdP-Mitglieder beträgt weiterhin 50 €.

Wie immer stehen seniorenpolitische Themen auf der Tagesordnung. Aber auch der Austausch von Erfahrungen und Informationen über das „aktuelle Polizei- und Gewerkschaftsgeschäft“ werden das Seminar begleiten.

Der landeskundliche Teil am Rande des Seminars führt uns sehr wahr-

scheinlich zur Landesgartenschau nach Eutin.

Anmeldungen für das Seminar nimmt ab sofort auf der GdP-Geschäftsstelle Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel.: 04 31/1 22-10 15, entgegen.

Anmeldeschluss ist der 15. Juli 2016.

Frank Poster,
Landesseniorenvorsitzender





ab 109 €
in der Meerblickkabine!



Auszeit gewünscht?

Unser einmaliges PSW-Angebot – greifen Sie jetzt zu!
Reisetermin 28. bis 30. November 2016

Leistungen:

- ➔ Seereise Kiel – Oslo – Kiel
- ➔ 2 x Übernachtung in Zwei-Bett- oder Doppelbett-Kabine mit DU/WC und Meerblick
- ➔ 2 x reichhaltiges Frühstücksbuffet an Bord
- ➔ Täglich wechselndes Showprogramm

Zubuchbar:

- ➔ Stadtrundfahrt Oslo Highlights für 38,90 € p. P.
- ➔ Abendbuffet – skandinavisches Weihnachtsbuffet für 48,10 € p. P. / Strecke

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Color Line - 24143 Kiel

Fotos: Color Line

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

5-tägige Flusskreuzfahrt mit A-ROSA Flora vom 11. bis 15. Dezember 2016



ab 419,-

Zur Adventszeit: Auf dem Rhein nach Rotterdam und Amsterdam

aROSA
Schöne Zeit

Erleben Sie die lebendigen Metropolen Amsterdam und Rotterdam zur Adventszeit! Rotterdam mit seiner schwindelerregenden Architektur und Amsterdam mit seinen alten Kaufmannsbäusern an den Grachten, die mit schmalen Fassaden und kunstvollen Giebeln jeden verzaubern!

Preise

pro Person in Doppelkabine Kategorie S	ab 419,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie A	ab 519,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie C mit franz. Balkon	ab 599,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie D mit franz. Balkon	ab 649,- €

Preise einschl. Frühbucherermäßigung.
Ab 1. September 2016 +30,- €, da ab diesem Datum der Frühbucherbonus nicht mehr gewährt wird. Einzelkabine auf Anfrage.
An- und Abreise mit der Deutschen Bahn möglich.

Eingeschlossene Leistungen:

- ✗ Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA Flora in der gebuchten Kategorie
- ✗ A-ROSA VollpensionPlus
- ✗ Ganztags hochwertige Getränke
- ✗ Täglich Mineralwasser auf der Kabine
- ✗ Freie Nutzung der Bordeinrichtungen
- ✗ 15% SPA-Ermäßigung
- ✗ WLAN kostenfrei
- ✗ Transfer Bahnhof – Schiff – Bahnhof
- ✗ Bordunterhaltung



Reiseverlauf

Samstag 11. Dezember 2016	Köln	Abfahrt	17:00 Uhr
Sonntag 12. Dezember 2016	Rotterdam	Ankunft	10:00 Uhr
Montag 13. Dezember 2016	Rotterdam	Abfahrt	01:00 Uhr
Montag 13. Dezember 2016	Amsterdam	Ankunft	09:00 Uhr
Dienstag 14. Dezember 2016	Amsterdam	Abfahrt	06:00 Uhr
Mittwoch 15. Dezember 2016	Köln	Ankunft	09:00 Uhr



PSW-Reisen
Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Hinweise: Irrtum und Zwischenverkauf sowie Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Es gelten die Bedingungen des Veranstalters A-ROSA Flussschiff GmbH, 18055 Rostock. Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen.

Und was sonst noch so war ...

14. April

Großartiges Ergebnis der Personalratswahlen in Niedersachsen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) behält eine deutliche Mehrheit im Polizeihauptpersonalrat (PHPR). Mit 65,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen errang die GdP acht von elf Sitzen im PHPR.

Das gab der Hauptwahlvorstand beim niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport am 14. April bekannt. Damit ändert sich die Sitzverteilung im obersten Polizeipersonalrat, der alle vier Jahre gewählt wird, nicht. Auch in sämtlichen Bezirkspersonalräten in Niedersachsen konnte die GdP ihre Mehrheiten halten oder ausbauen. In den Örtlichen Personalräten gab es zudem fast ausschließlich Erfolge der GdP-Listen.

18. Mai

Der NDR berichtet über Waffenscheine. Seit Jahresbeginn ist die Zahl der sogenannten kleinen Waffenscheine in allen norddeutschen Ländern sprunghaft angestiegen. In Schleswig-Holstein um 23 Prozent. Der kleine Waffenschein ist nötig, um Schreckschuss- und Gasdruckpistolen auch außerhalb der eigenen Wohnung oder des eigenen Grundstückes zu tragen. In Schleswig-Holstein hat sich der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht. Rund 2300 neue kleine Waffenscheine wurden dort von Januar bis März ausgestellt. Die Polizei sieht die Verwendung der Schreckschusswaffen, aber auch des Pfeffersprays kritisch. Immer besteht der Verdacht, dass sich Situationen, in denen diese Dinge angewendet werden, verschärfen. Aber auch diese Waffen können gegen Polizeibeamte eingesetzt werden – und das macht es bedenklich.

23. Mai

Vertragsanwältin Uta Scheel bastelt schon seit Längerem an einem eigentlich nicht schweren Rechtsschutzverfahren. Es geht um eine Schmerzensgeldforderung eines Polizeibeamten aus Flensburg. Er wurde bei einem dienstlichen Einsatz von einem polizeilichen Gegenüber verletzt. Nun sollte der Täter ein Schmerzensgeld in Höhe von 350 € zahlen. Dieser Aufforde-

rung kam er nicht nach. Es folgten unterschiedliche Vollstreckungsversuche, bis der Täter sich zuletzt ins „Nirvana“ verabschiedete. Zu Deutsch: Nicht auffindbar, ohne feste Wohnanschrift, keine Zustellung möglich. Eigentlich kein Problem, seitdem es den Schmerzensgeldtitel des Landes gibt. Der setzt allerdings voraus, dass ein gerichtlicher Titel vorliegt sowie zweimalige ergebnislose Vollstreckung. Mit einem Kunstgriff wurde der Titel erreicht. Die Klage wurde öffentlich ausgehängt und dann wirksam. Die zweimalige Vollstreckung lässt sich allerdings nicht durchführen. Hier ist noch ein Gespräch mit dem Ministerium für diese Art von nicht erfüllbaren Schmerzensgeldforderungen zu führen. Denn: Der hier geschilderte Fall ist kein Einzelfall, sondern schon der vierte seiner Art.

25. Mai

A9-Jahresbruttobesoldung 2016 in Euro*		A13-Jahresbruttobesoldung 2016 in Euro*	
39.179,22	Baden-Württemberg	58.786,81	
41.280,76	Bayern	62.501,33	
36.909,19	Berlin	56.164,56	
38.265,24	Brandenburg	57.795,30	
39.088,78	Bremen	57.930,44	
39.160,86	Bund	59.782,36	
39.191,14	Hamburg	59.113,02	
36.980,90	Hessen	56.667,29	
39.116,16	Mecklenburg-Vorpommern	59.040,54	
38.546,42	Niedersachsen	58.797,02	
38.195,97	Nordrhein-Westfalen	57.439,45	
38.424,10	Rheinland-Pfalz	57.711,38	
38.316,36	Saarland	57.374,56	
39.487,92	Sachsen	60.080,85	
38.659,97	Sachsen-Anhalt	58.895,25	
38.217,91	Schleswig-Holstein	57.044,52	
39.323,06	Thüringen	59.041,52	

* bei Annahme einer 40-Stunden-Woche (Summe aus Grundgehalt Endstufe, ggf. allg. Stellenzulage/Strukturzulage, ggf. Sonderzahlung(en));
 Dienstherren mit einer tatsächlich höheren Wochenstundenzahl
 ** Höhe der Sonderzahlung 2016 noch nicht festgelegt

Der DGB veröffentlicht den Besoldungsreport. Das Studium der 34 Seiten bestätigt uns in unserer Skepsis zur Föderalisierung. So ist beispielsweise die Schere beim Amt A 9 noch weiter geworden. Beim Amt A 13 sieht es nicht anders aus.

28. Mai

Dr. Gaby Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofes (LRH), hat das Beihilfeverfahren des DLZP (Dienstleistungszentrum Personal) im Visier ihrer Prüfung. „Es wird

immer schlimmer“, sagt sie gegenüber der Presse. In Hamburg dauert eine Antragsbearbeitung im Durchschnitt 13 Tage. Das DLZP braucht 33 Tage, obwohl die Länderbehörden dasselbe IT-Verfahren nutzen. Der LRH wird weiter am Ball bleiben.

1. Juni

Besuch von Sat.1 auf der GdP-Geschäftsstelle. Es geht um das Thema „Rocker“. Nachdem lange Zeit Ruhe zwischen den rivalisierenden Bandidos und Hells Angels war, gibt es wieder – gelinde gesagt – Scharmützel. Die Gangs stecken offensichtlich neue Geschäftsbereiche ab. Sie gelten als hochkriminell und gefährlich und stets gewaltbereit. Denn es geht um viel Geld. Die Delikte: Mord, versuchte Tötung, Schusswaffengebrauch, Anschläge auf missliebige Rivalen mit schweren Waffen, Förderung der Prostitution, Schutzgeld-

erpressung ... Hier gilt: Null Toleranz und hohe Wachsamkeit. Die schleswig-holsteinische Landespolizei ist sehr sensibel und hat sich durch eine Reihe von Maßnahmen darauf eingestellt. Das sagen wir dem Privatfernseher.

Einladung!

Schleswig-Holstein Mitte Jungsenioren-Stammtisch

Am **Mittwoch, 10. August 2016, 17 Uhr**, Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg. Da Grillen angesagt ist, bitte unbedingt bis zum 8. August 2016 bei Bernhard Bock (0 43 21-7 47 52) oder Falk Dennhardt (0 43 92-15 68) anmelden.

